

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

vom 12. bis 14. September war wieder Plenum im Niedersächsischen Landtag. Es sind zahlreiche Abstimmungen gelaufen und viele wegweisende Entscheidungen auf den Weg gebracht worden. So haben wir unter anderem den neuen Haushaltsentwurf für das kommende Jahr eingebracht und ein Gesetz zur Änderung der Nds. Bauordnung erlassen, um die

Barrierefreiheit weiter zu fördern. Weitere Themen waren der LKW-Verkehr, die DSGVO für Vereine, der Rundfunkbeitrag sowie der soziale Wohnungsbau. Außerdem haben wir als SPD-Fraktion deutlich gemacht, dass wir unsere Verfassung ganz klar gegen diejenigen verteidigen werden, die eine andere Stimmung in diesem Land wollen und versuchen

Randthemen in den Mittelpunkt zu stellen. Wir setzen uns weiter für ein freies, plurales, demokratisches und rechtsstaatliches Land ein! Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr und Euer



VORWÄRTS NIEDERSACHSEN.



Auf der Tagesordnung:

u. a.

Haushalt 2019

Novelle der Bauordnung

Zeitgerechter öffentl.-rechtl. Rundfunk

LKW-Verkehr

Haushalt für 2019 eingebracht

Am 13.09.2018 haben wir den Haushaltsentwurf für das Jahr 2019 eingebracht. Das Haushaltsvolumen beträgt, der jetzigen Planung nach, knapp 33 Milliarden Euro. Neue Schulden sollen nicht aufgenommen werden! Mit dem Geld wollen wir unter anderem in Bildung, in unsere Gesundheitsversorgung und in die Digitalisierung investieren. So haben wir zum Beispiel 1,2 Milliarden Euro für die Beitragsfreiheit in unseren Kindergärten, für die Verbesserung der Qualität und für den Wegfall des Schulgeldes der ErzieherInnen-ausbildung und 150 Millionen Euro für die Digitalisierung der Verwaltung eingeplant. Sind im Haushaltsansatz von 2018 nur knapp 4,4 Millionen Euro für Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes angesetzt worden, so sollen es im kommenden Jahr fast 6,6 Millionen Euro sein. Zusammen mit Umweltminister Olaf Lies werde ich mich für weitere Mittel im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes stark machen. Der Natur- und Umweltschutz muss noch wesentlich stärker in den Vordergrund unseres politischen Handelns rücken!

Novelle der Bauordnung

Da die Novellierung der Nds. Bauordnung (NBauO) aufgrund der vorgezogenen Neuwahl im vergangenen Jahr nicht mehr vorgenommen werden konnte, haben wir jetzt über einen entsprechenden Gesetzentwurf von SPD und CDU abgestimmt. Der Beschluss verlief einstimmig. Mit der neuen NBauO schaffen wir mehr barrierefreien und komfortablen Wohnraum und versuchen diesen auch bezahlbar zu halten. Gemeinsam mit den Verbänden der Wohnungswirtschaft und Menschen mit Einschränkungen haben wir Vorschläge erarbeitet, die sich nun in der Bauordnung wiederfinden. Neben den Regelungen zur Barrierefreiheit beinhaltet die Novelle auch notwendig gewordene Anpassungen der europäischen Rechtsprechung in Bezug auf Bauarten, Baustoffe und technische Baubestimmungen etc. Als SPD-Landtagsfraktion wollen wir, dass auch die Arbeitsergebnisse des, von Umweltminister Lies ins Leben gerufenen, Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum Eingang in die NBauO finden. Wenn uns die Ergebnisse vorliegen, werden wir deshalb bei Bedarf eine weitere Novelle der Bauordnung in die Wege leiten.

Zeitgerechter öffentl.-rechtl. Rundfunk

Oft ist der Auftrag und die Struktur der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und damit auch die Höhe des Rundfunkbeitrages Gegenstand von Diskussionen. Bei diesen geht es meistens um die Erhebung und die Höhe des Beitrages, die Angebotsvielfalt der Sendeanstalten, Zweifel an der Unabhängigkeit der Medien, die Nutzung neuer Telemedien oder auch die Verweildauer von Sendungen in den

Mediatheken. Die Landesregierung hat sich mit einem Entschließungsantrag für einen stabilen Rundfunkbeitrag ausgesprochen und will dabei helfen einen öffentlichen Diskurs über den Auftrag, die Struktur und die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu organisieren. Durch größtmögliche Beitragsstabilität und durch ein höchstes Maß an Transparenz wollen wir die Akzeptanz des dualen Rundfunksystems stärken, um unserer Gesellschaft auch in Zukunft ein unabhängiges, informatives und unterhaltsames Programm bereitstellen zu können, welches nicht nur von wirtschaftlichen und politischen Einzelinteressen getrieben wird.

LKW-Verkehr sicherer machen

Auch wenn es unser Ziel bleibt mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, so müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Verkehrsprognosen von einem Anstieg des Güterverkehrs auf Fernstraßen von rund 40% bis 2030 ausgehen. Schon jetzt sieht man viele überlaufene LKW-Parkplätze, teilweise stehen die LKW bis auf die Standstreifen der Autobahnen. Die Überlastung der Rastplätze ist zu einem ernststen Sicherheitsrisiko geworden. Mit einem Entschließungsantrag haben wir uns deshalb für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Sicherheit in der internationalen Logistikbranche ausgesprochen. Wir wollen mehr LKW-Parkplätze schaffen und dafür sorgen, dass die Lenk- und Ruhezeiten zur Sicherheit von allen VerkehrsteilnehmerInnen eingehalten werden, indem wir die Kontrollen verschärfen und diejenigen schützen, die sich an Gesetze und Verordnungen halten.